

Arbeitspendent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 16. April 1932

Nummer 31

Vom Außerordentlichen Gewerkschaftskongress

Im großen Sitzungssaal des Reichstages trat am 13. April der vom ADGB einberufene außerordentliche Gewerkschaftskongress zu seiner Tagung zusammen. Dieser sogenannte Krisenkongress hatte den ausgesprochenen Zweck, die Reichsregierung und die breite Öffentlichkeit mobil zu machen, um durch Arbeitsbeschaffung eine Milderung des Arbeitslosenelends herbeizuführen und durch sofortige energische Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise beizutragen.

Bis auf den letzten Platz waren Saal und Tribünen gefüllt, als Bundesvorsitzender Leipart das Wort zur Begrüßungsansprache nahm. Zahlreiche Ehrengäste hatten der Einladung zum Kongress entsprochen. Die Reichsregierung war durch Arbeitsminister Stegerwald und Wirtschaftsminister Warmbold vertreten; von der preußischen Staatsregierung waren Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing erschienen (beide mit lebhaftem Beifall begrüßt) sowie Finanzminister Klepper. Außer ihnen nahmen Reichstagspräsident Lohse, Polizeipräsident Geiselsdorf und zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Verhandlungen teil.

Zu seiner Eröffnungsansprache teilte Leipart mit, daß Reichstagsler Brüning, der sein Erscheinen bestimmt zugesagt hatte, zu seinem großen Bedauern verhindert sei. Leipart wies dann darauf hin, daß die Effektivität allmählich abgestumpft ist, gegenüber der 'surchbarbaren' Tatsache, daß über 6 Millionen Deutsche arbeitslos sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben. Sie tun es nicht zum ersten Male. Seit Januar 1930 haben sie keine Gelegenheit vorübergehen lassen, auf die Notwendigkeit planmäßiger öffentlicher Arbeitsbeschaffung hinzuweisen, eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden zu fordern, auf ein Zusammenwirken aller verantwortlichen Stellen zu drängen, um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen. Eine Politik der wirtschaftlichen Verkündung im internationalen Rahmen wird durch steigende politische Widerstände erschwert, die auf den Krieg und auf den Versailles Vertrag zurückgehen und die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise unheimlich verschärfen. Die Überwindung der Krise ist so schwer, weil sie zugleich eine wirtschaftliche und politische Krise ist, weil die drückende Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens zwischen den Völkern und die sozialen und politischen Spannungen innerhalb der einzelnen Völker das Aufkommen eines auf Sicherheit der Verhältnisse gegründeten Vertrauens erschwert, das die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft ist. Trotzdem, nein, gerade deshalb haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die weltpolitische Verständigung eingesetzt, sind sie für eine internationale Kreditvereinbarung als finanzielle Grundlage einer großzügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten. Aber die aktive Förderung internationaler Maßnahmen zur Linderung und Befhebung der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegnet, entbehren die Reichsregierung und alle Stellen, die mit Verantwortungsbewußtsein an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung anzubahnen. Der Bundesausschuß des ADGB hat auf seiner Tagung im Februar 1932 zu den verschiedenen Finanzierungsplänen der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Er kam zu dem Schluß, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstehen, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken. Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reich sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wieder herstellen. Die Deflationspolitik der Reichsregierung war

gegen die eignen Volksgenossen, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten, von einer bis an die äußerste Grenze des Erträglichsten gehenden Rücksichtslosigkeit. Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, sie zerstören nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Befehdung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung, sie steigern die innenpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten ein so unvermeidlicher ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Aufwendungen, sondern nur Entschlußkraft erfordern, die Not zu lindern. Nichts ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsbeschaffung sind aber untrennbar verbunden. Es ist ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer vielfach Überstundenarbeit gebuldet wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, andern Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienens zu lösen. Viele Zehntausende würden Arbeitsmängeln begegnen, wenn dieser Skandal aufhört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet werden können, wenn endlich die allgemeine gesetzliche Vierzigstundenswoche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Notverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden. Der Ruf nach Kostenlenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dauernd wurden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Industrie, Handel und Gewerbe sind in immer größerer Not hineingeraten. Der Umfang der Arbeitslosigkeit und das Elend der Arbeitslosen ist mit jedem Angriff auf die Löhne gewachsen. Die zwangsweise Senkung der Preise hat nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne. Das Wissen auf die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Proz. aufzwingen. Der Kongress erhebt einschiedenen Protest gegen diese widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen. Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterschaft verdienen die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entlagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben. Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Finanzmaßnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik. Möge der Schrei nach Arbeit, der von diesem Kongress ausgeht, überall gehört werden! (Starker Beifall.)

Aber die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung ist durch die Weltwirtschaftskrise und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf den Weltmarkt und die Weltwirtschaft allgemein, die Forderung nach Arbeitsbeschaffung, die dieser Notkongress an Staat und Gesellschaft stellt, gibt in der Erkenntnis, daß von der weltwirtschaftlichen Seite her in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren nicht zu erwarten ist, und daß der jetzige Zustand von fast sieben Millionen Erwerbslosen in Deutschland nicht länger ertragen werden kann, weder volkswirtschaftlich noch staatspolitisch.

Die weltwirtschaftliche Lage ist durch die Industriekrise, durch ihr Zusammenfallen mit der Agrarkrise und durch eine Vertrauens- oder Kreditkrise mit ihrer vernichtenden Wirkung auf die andern Krisenherde gekennzeichnet. Durch

Bekanntmachung

Mit Zustimmung aller Gauvorstände hat der Verbandsvorstand beschlossen, den in diesem Jahre fälligen Verbandstag hinauszuschieben.

Der Termin für den 15. Verbandstag wird in die erste Hälfte des Jahres 1933 verlegt und im Einverständnis mit den Gauvorständen zu gegebener Zeit festgesetzt werden.

Berlin, den 15. April 1932.

Der Verbandsvorstand

das Zusammenfallen der Industriekrise mit der Agrarkrise fehlt in der Weltwirtschaft ein gesundes Teilgebiet, von dem aus das Krisengebiet gestillt und wieder 'angekurbt' werden könnte. Die Weltwirtschaft in allen Zweigen ist also diesmal in ihrer Gesamtheit getroffen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem versagt. Diese geschichtliche Tatsache ist für unsre Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand von entscheidender Bedeutung. Die langen unfruchtbaren Verhandlungen der Weltmächte in der Abrüstungsfrage, das ungeklärte Reparationsproblem, die Ereignisse im Fernen Osten, das noch unvollkommene Wirken des Völkerbundes und die Kämpfe um Diktator oder Demokratie innerhalb der Nationen Europas — das alles hat zu weltpolitischen Spannungen und zu gegenseitigem Mißtrauen der Völker geführt. In welchem Umfange sich die Vertrauens- oder Kreditkrise ausgewirkt hat, zeigt der Umstand, daß die Vereinigten Staaten ihre Auslandsemissionen von 4 Milliarden im Zeitraum 1927 bis 1929 auf eine Viertelmilliarde Dollar im Jahre 1931 vermindert haben. Frankreich, das seine Kredite auch von England in großem Umfange zurückzog, schuf dadurch weitere weltwirtschaftliche Gefahren. Denn nun nahm England, das im Weltmarkt führend vorantretend, im September vorigen Jahres jene entscheidende Operation der Loslösung von der Goldwährung vor. Dem Beispiele Englands folgten schnell aufeinander 21 andre Staaten. Benutzt durch diese Entwicklung, in Angst um die Gestaltung ihrer Handelsbilanz, haben die Staaten, besonders in Europa, sich vom Auslande handelspolitisch noch stärker abgeriegelt, Schutzmaßnahmen getroffen, die nur das Gegenteil dessen erreichen, was sie bezweckten. Im Verlauf der durch die politischen Spannungen verschärften Wirtschaftskrise ist die industrielle Weltproduktion von 48 Ländern, die sieben Achtel des Welthandels beherrschen, um ein volles Drittel im Jahre 1931 herabgesunken. Am schwersten hat Deutschland gelitten. Der Index seiner industriellen Produktion sank von 108 im Jahre 1929 auf 56,1 in der Gegenwart. Sein Anteil an der industriellen Weltproduktion sank von 12 Proz. im Jahre 1928 auf 9 Proz. im Jahre 1931. Auch die Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen weber aus noch ein. Sie machen es sich in Deutschland besonders leicht. Sie versuchen die Verantwortung von sich abzuwälzen, indem sie unausgesetzt erklären, Schuld an der Krise in Deutschland sei die deutsche Lohn- und Sozialpolitik. Sie fordern die Freiheit der Wirtschaft, d. h. der Staat soll sich nicht um die Wirtschaft kümmern. Aber dasselbe Unternehmertum, das so spricht, nimmt dauernd und ausgiebig in allen möglichen Formen die Hilfe des Staates in Anspruch. Zwischen den beiden Standpunkten der Revolutionärsanarchisten und des Unternehmertums muß sich die Arbeiterklasse durchkämpfen und dabei den Abbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft erzwingen.

Der Staat hat gerade in der gegenwärtigen Situation, angesichts des Verfallens der Privatwirtschaft die Aufgabe, regelnd und lenkend in die Wirtschaft einzugreifen. Von dieser Überzeugung sind die Gewerkschaften bei ihren Vorschlägen für die Arbeitsbeschaffung ausgegangen. Dabei waren sie sich durchaus bewußt, daß sich Deutschland in einer weit unangünstigeren Lage befindet als etwa die Vereinigten Staaten oder England. Die Arbeitsbeschaffung muß sich daher in den durch die finanziellen Verhältnisse Deutschlands

gejogenen Grenzen halten, und die Arbeiten müssen volkswirtschaftlich rentabel sein, d. h. Werte schaffen, deren Ertrag eine Rückzahlung der aufgewandten Kosten ermöglicht. Die ganze Aktion muß volkswirtschaftlich imwandföhrig jundiert sein, Verzinsung und Tilgung der Kredite so gesichert werden, daß die Währung in keiner Weise bedroht ist. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend sind als besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung folgende Arbeiten anzusehen:

1. Die Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes,
2. Arbeiten zum Schutze gegen Hochwassergefahren,
3. der Kleinwohnungsbau,
4. die Hausreparaturen,
5. Aufträge der Reichsbahn,
6. Aufträge der Reichspost,
7. zweckmäßige Siedlungsarbeiten,
8. landwirtschaftliche Meliorationen.

Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zufällig beschäftigt werden, wofür ein Gesamtaufwand von rund 2 Milliarden Mark erforderlich wäre. Die Begrenzung auf eine Million Arbeitskräfte, auf die Zeitdauer eines Jahres, auf 2 Milliarden Gesamtaufwand ist keine willkürliche. Sie ist gegeben durch die Gesamtverhältnisse der Volkswirtschaft, in deren Rahmen sich die Arbeitsbeschaffung selbstverständlich bewegen muß. Dank der Wiederbeschäftigung von einer Million Menschen wird eine zufällige Kaufkraft in den wirtschaftlichen Kreislauf eingehalten. Das wird behebend auf eine Reihe von Verbrauchsgüterindustrien wirken. Auf diese Weise kann der Schrumpungsprozeß abgebrochen werden, die Wirtschaft wird eine Atempause bekommen, es werden sich bessere Bedingungen für die weitere Abwicklung der Konjunktur bilden. Das Wichtigste aber ist, daß diese Wendung dem Volk das Vertrauen in sich selbst, in seine Kraft und in seine Zukunft wiederzugeben vermag. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfordert das Aufgebot aller Kräfte. Es ist nicht lo, daß in einem Staatswesen wie Deutschland keinerlei Mittel für diesen Lebenszweck aufgebracht werden könnten. Es muß sogar geprüft werden, in welcher Weise noch die öffentlichen Haushalte zur Finanzierung beitragen können. Steuermittel aus der Hauszinssteuer und Reichsfluchtsteuer müssen für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Ferner müssen für die Finanzierung herangezogen werden die Ersparnisse der Reichsanstalt an Arbeitslosenunterstützung (insolge der Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen), des weiteren die von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern sowie ihre Beiträge für die Arbeitslosenversicherung. Endlich muß die Finanzierung ermöglicht werden durch eine vollständige Arbeitsbeschaffungsanleihe. Sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung müssen in eine „Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung“ zusammengefaßt werden. Die Gewerkschaften müssen in der „Zentralstelle“ wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganismen stark vertreten sein. Mit der Arbeitsbeschaffung muß eine wirtschaftliche und soziale Arbeitsüberwindung auf allen Gebieten einhergehen, und diese Arbeitsüberwindung muß während des ganzen Jahres der Arbeitsbeschaffung bestehen. Sie muß das Ziel verfolgen, jede spekulative Arbeitsbildung unter allen Umständen zu unterbinden. Die Preisüberwachung kann nur erfolgreich sein in Verbindung mit einer dem Sinn und Zweck der Arbeitsbeschaffung angepaßten Zoll- und Kartellpolitik.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung sollte die Reichsregierung, um die noch vorhandene und zu beschaffende Arbeit auf möglichst viele Arbeitskräfte zu verteilen, endlich die Arbeitsbeschaffungsgesetze in die Kraft zu setzen, die die Arbeitsbeschaffung durchzuführen. Die lange Arbeitszeit ist in Deutschland — angelehnt der Tatsache von Millionen Erwerbslosen — zu einem öffentlichen Ärgernis geworden. Die Regierung muß daher ihre passive Haltung in dieser sozialen und konjunkturpolitisch wichtigen Frage aufgeben. Die Gewerkschaften können in der gegenwärtigen Situation allein den schreienden Mifftand nicht beseitigen. Hier kann nur die Gesetzlichkeit aufräumen, und sie muß aufräumen, wenn Gesellschaft und Staat in ihrer Gesamtheit nicht unheilbaren Schaden nehmen sollen. Zufällige Kaufkraft muß geschaffen werden, um dadurch zunächst die Konsumgüter-Industrie, in weiterer Folge die Produktionsgüter-Industrie und schließlich den wirtschaftlichen Gesamtkreislauf zu beleben. Die Entlohnung der Arbeitskräfte in der Arbeitsbeschaffung muß daher selbstverständlich nach den Bestimmungen der Tarifverträge erfolgen. Darum ist auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den freiwilligen Arbeitsdienst kein Raum. Es dürfen nur wirklich zufällige Arbeiten für den freiwilligen Arbeitsdienst in Betracht gezogen werden, wirklich zufällige Arbeiten, die sich für Jugendliche als ungelernete Arbeitskräfte besonders eignen, dagegen für ältere verheiratete Arbeiter ohnehin nicht in Frage kommen. Auch der Reichswirtschaftsrat hat sich auf Anregung der Gewerkschaften mit der Frage der Hebung der Produktion, insbesondere durch Arbeitsbeschaffung befaßt. In seinem Bericht stellt er als Ergebnis der Untersuchungen die für die Arbeitsbeschaffung geeigneten Arbeitsgebiete fest, veranschlagt für jedes Arbeitsgebiet die Kosten der Arbeiten und setzt die Zahl der zu beschäftigenden Arbeitskräfte ein. Danach ergibt sich für seine Arbeitsgebiete, die sich im allgemeinen mit unserm Plan decken, eine Kreditsumme von zusammen 1130 bis 1340 Millionen Mark und die Zahl der zu beschäftigenden Arbeitskräfte von 215 000 bis 265 000. Der Plan des Reichswirtschaftsrats ist ein Mindestprogramm. Er enthält kein Wort über den Kleinwohnungsbau. Er wird im einzelnen überaus sorgfältig formuliert. Trotzdem befaßt der Bericht doch klar und unzweideutig die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierungsmöglichkeit. Auch er fordert höchste Aktivität der Reichsregierung, um der drohenden Zerföhrung der volkswirtschaftlichen Beziehungen entgegenzuarbeiten und besonders einer vernünftigen handelspolitischen Zusammenarbeit der Völker wieder den Weg zu bahnen. Die gerüttelte Wirtschaft ist heute nicht mehr in der Lage, den Arbeiternachwuchs ordnungsmäßig für seine beruflichen Aufgaben vorzubereiten. Hunderttausende von jungen Menschen werden gleich nach Beendigung der Lehrzeit arbeitslos, bleiben es für lange Zeit und verlieren damit wieder die in der Lehrzeit erworbenen, in der eigentlichen Praxis noch nicht erprobten Kenntnisse. Mit dem Anwachsen und Fortdauern der Krise werden auch die jüngsten Arbeiter, die Lehrlinge, von ihr betroffen. Zehntausende von arbeitslosen Lehrlingen gibt es bereits, die keine Möglichkeit haben, ihre Lehrzeit zu vollenden, weil die Betriebe geschlossen sind. Weitere Zehntausende können ihre Ausbildung nicht zum Abschluß bringen, weil ihnen vom Lehrmeister keine Beschäftigung geboten werden kann, die der Ausbildung dient. Die allgemeine Not ist ungeheuer groß, bis zur Unertüglichkeit angewachsen. Die Regierung hat für das Unternehmertum immer eine hilfreiche Hand gehabt. Und das Unternehmertum ist in seinen Forderungen an den Staat niemals bescheiden gewesen. Das Kapitel der Subventionen an die Industrie ist fast unübersehbar; es geht hier alljährlich in viele hundert Millionen. Die Sanierung der Großbanken aus öffentlichen Mitteln kostete fast eine Milliarde. Die Dsthilfe 1930 belief sich durch verlorene Zuschüsse und Kreditgewährung mit fragwürdiger Mißachtung auf 80 Millionen, die Dsthilfe 1931 auf 90 Millionen. Dazu kommen die Preisüberhöhungen durch Zölle, die allein für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1930/31 auf zwei Milliarden geschätzt werden. Die Garantie des Reiches für etwaige Verluste bei Aufträgen aus Rußland beträgt 70 Proz. Der Hausbesitz wurde durch die Aufhebung der Hauszinssteuer und den Abbau der Mietgesetzgebung begünstigt. Der Kleinhandel ist durch das Verbot der Errichtung von Warenhäusern in den Mittel- und Kleinstädten bedacht worden. Nun hat die Arbeiterschaft, haben besonders die Arbeitslosen das Recht, Forderungen zu stellen. In ihrem Namen richtet dieser Kongreß an die Regierung die Forderung, dieselbe offene Hand zu haben, die sie dem Unternehmertum gegenüber hatte. Man sage uns nicht: Arbeitsbeschaffung scheitert an der Finanzierungsmöglichkeit, oder Arbeitsbeschaffung bedeute Inflation! Unter Führung der Reichsregierung und der zuständigen Ministerien sollen sich die Vertreter der in Frage kommenden Körperschaften, besonders unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerkschaften, zusammensehen und die Fragen der Arbeitsbeschaffung, ihre Finanzierung und Durchführung im einzelnen regeln. Das kann und muß geschehen, und es muß gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern. (Starker Beifall).

Der durch wichtige Beratungen der Reichsregierung über das noch am gleichen Tage erlassene Verbot der stöckischen Privatarmen-am-waisenhäuser-Erbschaften, den Klagegesuchshindernde Reichsfinanzminister im Hinblick auf den Notstandsproblem im Lande, er war es ihm mit seiner Betretung und Befamntgabe der Wfiststen der Regierung zum „Problem der Arbeitsbeschaffung beauftragt, der dieser Aufgabe mit folgenden Ausführungen gerecht zu werden bemüht war: Der Reichsfinanzminister bedauert es persönlich sehr, daß er aus schwerwiegenden Gründen verhindert ist, an dieser Tagung selbst teilzunehmen. Aber der Reichsfinanzminister hätte doch auch nichts anderes sagen können als er, der erst in letzter Stunde mit dieser Aufgabe betraut wurde, zu sagen habe; wie es überhaupt sehr schwer sei, die Stellungnahme und Wfiststen der Regierung in der wichtigen Frage der Arbeitsbeschaffung ganz klar zu formulieren. Schon auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß habe er den Standpunkt der Regierung zur Kenntnis gebracht und vor Illusionen oder Optimismus gewarnt. Aber auch zu Pessimismus sei kein unbedingter Anlaß vorhanden. Denn die Lage Deutschlands habe sich inzwischen so entwickelt, wie dies die Regierung schon damals angenommen habe. Die heutige Situation ist aber trogkaldem viel schwieriger, denn der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig geringer als im vorigen Jahr. Am so beachtenswerter ist es daher, daß wir mit den Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung ausgenommen sind.

Als Hauptursache des Schrumpungsprozesses könne er nicht die Gehaltskürzung ansehen. Diese war unerlässlich, um den Etat in Ordnung zu halten. Bei einer Kürzung der öffentlichen Personalausgaben um 2 1/2 Milliarden Mark konnte auch die Privatwirtschaft mit ihrem Löhnen nicht unbeteiligt bleiben. Warum haben sich so viele Großunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweitesmal ihre Schulden loszuwerden hofften. (Lebhafte Zustimmung.) Auch ihm gefalle vieles an den Notverordnungen nicht. Aber ohne diese Notverordnungen wären wir heute in einer Inflation, gegen die 1923 nur ein schwaches Vorpiel gewesen wäre. Der Minister verteidigte dann seine Haltung in der Arbeitszeitsfrage gegen den Vorwurf, unter dem Druck der Unternehmer gestanden zu haben. Die Bankensanierung sei nicht aus Liebe zu den Aktionären erfolgt, sondern im Interesse der dreiviertel Millionen Konteninhaber, von denen die Weiterbeschäftigung großer Arbeitermassen abhing. Die von Eggert aufgestellten Arbeitszeitsgesetze erkennt der Minister an. Er betonte, daß die Kosten auf keinen Fall durch eine Inflation „aufgebracht“ werden dürfen, dagegen wäre selbst Nichtstun noch das kleinere Übel. (Zwischenrufe.) Aber natürlich bleibt Nichtstun außer Betracht. Bei den zu beschaffenden Arbeiten, so meinte Stegerwald weiter, werde man neben der Hebung der Tariflöhne doch auch den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und sogar erweitern müssen, aber lo, daß das Geltungsgebiet der

Tarife nicht bedroht werde. Eine Möglichkeit, die deutsche Sozialversicherung in den nächsten Jahren wieder auszubauen, sei nicht gegeben. Die letzten zwei Jahre können nicht für sich allein beurteilt werden, es müssen auch die früheren Jahre mit in Rechnung gestellt werden. Auch die Frage der Arbeitszeit darf nicht als Einzelproblem gesehen werden. Es hängen damit alle anderen Schwierigkeiten zusammen. Hätte die Reichsregierung im vorigen Jahre ihre Hilfe den Banken verlag, dann wäre schon damals die Zahl der Arbeitslosen weit über 7 Millionen gestiegen; wir dürfen die Arbeitsbeschaffung nicht um den Preis einer Inflation erkaufen. Als Ziel des Kongresses bleibe daher nur übrig, das Ausmaß und die Auswahl der Arbeitsmöglichkeiten richtig zu bewerten. Darüber soll und muß noch in kleinerem Kreis nach dem Kongreß in Zusammenarbeit mit der Regierung recht ernsthaft beraten werden. Die im vorigen Jahr eingeleitete Beratung über Verfüzung der Arbeitszeit konnte von der Reichsregierung nach Absturz des englischen Pfundes mit seiner unheilvollen Rückwirkung auf die deutsche Ausfuhr nicht mehr weitergeführt werden; weil dies nach der Durchführung der vierten Notverordnung für die Arbeiterschaft noch weniger erträglich geworden wäre. Trogdem sollen aber nun diesbezügliche Verhandlungen wieder aufgenommen werden, und falls diese Beratungen wieder erfolglos bleiben sollten, werde durch Notverordnung nachgeholfen werden. Er glaube nicht daran, daß die industrielle Entwicklung in Deutschland wieder einen Aufschwung in ähnlichem Tempo wie um die Jahrhundertwende und bis zum Jahre 1929 erfahren werde. Die wirtschaftliche Konzernbildung und Zusammenballung dürfte ihren Höhepunkt hinter sich haben. Wir werden wieder zu dezentralisierten Siedlungen der Bevölkerung kommen. Denn wir sind ein alterndes Volk geworden, das immer größere Lasten für Invaliden zu tragen haben wird. Es müsse daher besonders eine Stärkung der städtischen Vorkommenssiedlungen durchgeführt werden. Es müsse den Rentenbeziehern ein Stückchen Land zugewiesen werden, damit sich diese einen Naturaufschuß zur Rente beschaffen könnten; es sei denn, daß die Arbeiterschaft eine Beitragshöhung zur Invalidenversicherung bis zu 10 Proz. auf sich nehmen würde oder könnte; was er aber bezweifle. Von einer weiteren allgemeinen Lohnsenkung könne keine Rede mehr sein, nur müßten in einzelnen überhöhten Lohngebieten noch gewisse Angleichungen vorgenommen werden. (Stürmischer Widerspruch aller Delegierten.) Vor allem müßten aber die Etats der öffentlichen Hand ins Gleichgewicht gebracht werden. Dazu seien im laufenden Jahr noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Es wird um die Zukunft von Generationen zu ringen sein, und deshalb müsse auch für die Arbeitslosen alles geschehen, was möglich sei, ohne die Währung zu gefährden. (Lebhafter Beifall.)

„Auf Vorstich“ des „Wirtschaftsrates“ wurde zunächst die „Abseidung“ eines „Kongresses“ des „Kongresses“ an die gegenwärtig in Genf tagende „Internationale Arbeitskonferenz“ beschloffen. Darin wird schnellstens eine „internationale Konvention mit Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit“ und insbesondere die Einführung der „Wierzigstundenswoche“ verlangt.

Die eigentliche Aussprache eröffnete nunmehr der Vorsitzende des Deutschen Bauwerksbundes, K i o t a u s B e r n h a r d, der u. a. ausführte: Es ist eine Fabel, daß die Bauarbeiterlöhne an den hohen Baupreisen schuld seien. Die Bauarbeiter fragen sich schon: „Wie tief muß denn unser Lohn sein, damit er vor dem Herrn Reichsarbeitsminister Gefallen finde?“ Unghfliche Bauarbeiter haben heute Stundenlöhne zwischen 50 Pf. und 1 M. Das Ministerium und die Schlichtungsstellen müßten die hohen Gesundheits- und Unfallgefahren ebenso wie die doppelte Hausaufsührung und die Fahrtausgaben bei den Saisonarbeitern mehr berücksichtigen. Statt aber die Arbeiter vor dem Lohnabbau zu schützen, regt der Minister die Unternehmer zu Tarifbrüchen geradezu an. (Hört, hört!) Jahrzehntlang bestehende Tarife haben Sie, Herr Minister, kaputtgemacht. Mit dem Lohnabbau werden Sie die Wirtschaft nicht in Gang bringen. Die Bauarbeiterlöhne stehen heute bereits auf dem Niveau von 1925, also reden Sie nicht von 1927. Herr Minister, verjuchen Sie doch endlich wieder einmal den Gewerkschaftler in Ihnen zu finden! (Lebhafte Beifall.) Schluß mit dem Lohnabbau! Die Grenze des Erträglichsten ist überschritten. Gebrauchen Sie Ihre Macht, aber treiben Sie damit keinen Mißbrauch! Wann wird man endlich die längst bestehende Verordnung gegen wirtschaftliche Preisbildung anwenden? Oder will man etwa Bauarbeiten an den „freiwilligen Arbeitsdienst“ vergeben? (Heiterkeit.) Das ist gar nicht so unmöglich, denn schon wird der freie Arbeitsmarkt durch den freiwilligen Arbeitsdienst bedroht. Wir protestieren auf das nachdrücklichste gegen ein derartiges Vorgehen, das nur die Arbeitslosigkeit vergrößert. (Zustimmung.) Wohnungen für Minderbemittelte zu erschwinglichen Mieten hat in der Nachkriegszeit kein Land in Europa ohne öffentliche Hilfe erbauen können. Nach den beträchtlichen Anfängen auf diesem Gebiet ist bei uns schon wieder ein Rückmarsch angetreten worden. Der Mangel gesunder und billiger Wohnungen ist noch enorm. Die Sanierung der Altküste ist höchst dringend, 10 000 Siedlungshäuschen ist ein lächerlich geringer Anfang; sie müßten aber auch so gebaut werden, daß nicht sofort Reparaturen notwendig werden, und aus einem Material, das unserm Klima angemessen ist. Schaffen wir doch keinen Viertel aufmerken Menschen um die Großstädte herum! Bringen Sie, Herr Minister, die deutsche Bauwirtschaft wieder in Gang! Reichen Sie hunderttausende Bauarbeiter wieder aus dem Elend und in Sie

damit eine staatspolitische Tat, indem Sie diesen Menschen den Glauben an den Staat wiedergeben. Arbeit ist das Kernproblem unseres heutigen Lebens. Es muß uns gelingen, die Hunderttausende wieder in die Produktion einzubeziehen und aus ihrer Not herauszuführen die Arbeiter und in erster Linie die Bauarbeiter. (Veßhafter, anhaltender Beifall.)

In ebenso einordnlicher Art und Weise nahmen sämtliche Diskussionsredner Stellung zum Arbeitsbeschaffungsproblem. Mehr vom Deutschen Metallarbeiterverband betonte u. a.: Wir wissen, daß uns von den traurigen Begleiterscheinungen des Kapitalismus nur die sozialistische Planwirtschaft endgültig befreien kann. Wir müssen deshalb auf die Umformung und Umbildung des heutigen Systems hinarbeiten. Wir haben die größte Energie darauf zu richten, daß bereits in dem heutigen Wirtschaftsleben fehlerhafte Konstruktionen beseitigt werden, die die Hauptschuld an dem Massenelend tragen. Die Arbeitslosigkeit ist international, und darum ist planmäßige Wirtschaftsführung in allen Staaten notwendig. Deshalb ist auch eine europäische Wirtschaftseinheit fällig.

Schmidt (Bochum) als Vertreter des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands wies hin auf die ungeheuren Summen, die im privaten Bergbau durch Fehlspekulationen und Fehlinvestitionen nutzlos verschleudert werden. Zur wirtschaftlichen Zerstörungsarbeit fügen die Unternehmer nun auch die politische durch die Finanzierung des Faschismus. Bei der großen Allgemeinbedeutung des Bergbaues muß er in die Hand der Nation übergeführt werden, wozu bereits in den Staatsbetrieben wertvolle Ansätze bestehen. Wir fordern die Verstaatlichung des Bergbaues auch, um endlich den Widerstand der überlangen Arbeitszeit abzuschaffen. Die Einführung der Vierzigstundenswoche im Bergbau wird die Arbeitslosigkeit vermindern zum Wohl der Gesamtheit. (Beifall.)

Leugersdorf vom Gesamtverband polemisierte gegen Arbeitsminister Stegerwald, der einen Zusammenhang zwischen den Folgen des Hindenburgs und dem Lohnabbau in Deutschland konstruiert hatte. Schaffen Sie die Vierzigstundenswoche, dann erst wird die weitverbreitete Meinung schwinden, daß vorher noch weitgehende Lohnsenkungen geplant sind. Die Arbeitslosen wollen praktische Arbeit der Regierung für die Arbeitsbeschaffung sehen, wenn sie wieder Vertrauen gewinnen sollen. Dazu muß es nun doch endlich kommen durch die vielen Appelle und auch durch den heutigen Kongress. Außer Achtlassen hat Deutschland die größte öffentliche Wirtschaft mit — niedrig bemessen — 50 Milliarden Kapital, im Vorjahr 13 Milliarden Umlauf und höchstens 8 Milliarden Schulden. Hier sind doch Mittel zur Arbeitsbeschaffung vorhanden!

In besonders wirkungsvoller Art schilderte hierauf Arndt (Dresden) die Lage der sächsischen Industriearbeiter. Die sächsische Industrie schrumpft nicht nur, sie stirbt ab. Dagegen hilft kein Lohnabbau. In ganzen Vorkriegszeiten sind höchstens noch 10 Proz. der Arbeiter beschäftigt und zum großen Teil auch nur mehr Kurzarbeiter. Die Arbeitswierigkeiten sind durch die Handelspolitik der Regierung noch verschärfert worden. Seit der Zeit, als der Reichskanzler und der damalige Reichswirtschaftsminister den sächsischen Industriellen den Lohnabbau vorgelagt haben, ist die Zahl der Wollfahrtsempfänger noch stärker gestiegen als die der Arbeitslosen. Und die Gemeinden steigen auf dem letzten Loch. Arbeitsbeschaffung ist das Mittel zur Überwindung des politischen Ausrittens; nicht aus reaktionärer Gesinnung oder aus bolschewistischem Wunderglauben haben die Leute im Volkland so gestimmt, sondern aus purer Verzweiflung, die es auch einmal mit Kurpfuschern versuchen will, obwohl sie ihnen nicht helfen können. (Veßhafter Zustimmung.)

Zu einem außerordentlichen Höhepunkt der Tagung gestaketen sich die dann folgenden Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Er wies einleitend darauf hin, daß die preussische Staatsregierung mit steigender Besorgnis die Entwicklung des Wirtschaftslebens verfolgt und in den Grenzen ihrer Zuständigkeit und nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel sich bemüht habe, zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. An der Subventionierung von Privatunternehmungen ist vielfach auch der preussische Staat beteiligt. Er habe in jedem solchen Fall erhebliche Bedenken zum Ausdruck gebracht. Wenn wir es doch getan haben, so nicht zuletzt deshalb, um die Arbeitslosigkeit nicht noch anzuwachsen zu lassen. Es sind ja auch vielfach die Vorstehenden der Betriebsräte gewesen, die bei uns darauf drängen, durch eine Subvention die Aufrechterhaltung des Betriebes zu ermöglichen. Was wir unter allen Umständen erhalten müssen, ist ein gesunder Binnenmarkt. Bei dem Umfang der Arbeitslosigkeit ist ihr allein auf privatrechtlichem Weg nicht beizukommen. Bei der Größe der Not muß mit öffentlichen Mitteln eingegriffen werden. Aber wir sehen doch auch einen unzweifelhaften Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Staatsfinanzen. Die Wirtschaftskrise legt nicht nur die Kaufkraft der Bevölkerung herab, sondern auch ihre Steuerkraft; sie trifft also unmittelbar die Staatsfinanzen. In dem Maße, wie sich die Wirtschaftskrise verschärft, gehen auch die Einnahmen der öffentlichen Hand zurück, aus denen doch öffentliche Arbeiten bestritten werden sollen. Der Staat könnte, wenn die Wirtschaft gesund wäre, tausendmal mehr leisten, ja, er würde gar nicht in Anspruch genommen werden. Aber weil es so schlecht geht, wird viel von ihm gefordert, und gerade deshalb ist er weniger imstande, diese Forderungen zu befriedigen. Das Vorgehen gewisser Wirtschaftsführer, die für sich das Primat der Wirtschaft in Anspruch nehmen, hat uns sehr in die Enge geführt. Wenn wir jetzt sehen,

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Wilhelm Jung in Breslau
Eingetreten: 16. April 1882 — Jetzt Invalide



Paul Kersten in Berlin
Eingetreten: 17. April 1882
Jetzt Invalide



Otto Venhe in Gotha
Eingetreten: 17. April 1882
Jetzt Invalide

wie diese Herren nackt aussahen, wenn wir jetzt erkennen, daß auch der Zündholzfähig Krueger nichts anderes als ein großer Betrüger war, dann können wir ruhig annehmen, daß, wenn heute in allen Betrieben eine christliche Kontrolle möglich wäre, noch mancher andre große Wirtschaftsführer sich als etwas ganz anderes entpuppen würde als er noch heute scheint. Das Währungsproblem ist mehr psychologischer Art. Deshalb könnte sich auch das englische Beispiel in Deutschland ganz anders auswirken. Die größte Gefahr bildet für uns alle der demoralisierende Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die junge Generation. Diese steht vor dem Nichts. In der Verzweiflung kann doch nicht alles, was man im Berufsleben braucht; es fehlt unsern jungen Volksgenossen die praktische Ergänzung ihrer Verzeit oder Fortbildung durch die praktische Arbeit. Wenn sie ausgelernet haben, müssen sie strempeln gehen. Und das bildet die größte Gefahr für die Aufrechterhaltung der Qualität der deutschen Ausfuhrwaren. Die öffentliche Verwaltung muß alles tun und unter Umständen auch etwas riskieren, um die Mittel zu wirtschaftlich notwendiger Arbeit der brachliegenden Arbeitskräfte im öffentlichen Interesse auszubringen. Zur Anrufelung der Privatwirtschaft ist vor allem internationale Kreditwirtschaft notwendig. Es handelt sich nicht nur um das Reparationsproblem. Für mich ist dieses gelöst dadurch, daß Deutschland absolut nicht zahlen kann. (Beifall.) Das haben auch diejenigen, die als zahlungsfähige Verhandlungspolitiker verfahren wurden, immer gesagt: es kommt der Zeitpunkt, wo auch der Blinde sieht, daß nicht gezahlt werden kann. Aber die Privatkredite sind viel wichtiger. Eine fruchtbare internationale Kreditgestaltung kann nur zustande kommen, wenn einmal diejenigen, die über das Geld verfügen, das uns fehlt, zur deutschen Wirtschaft und Politik das Vertrauen haben, daß alles ordnungsmäßig geht und sie ihre Zinsen bekommen. Solange aber bei uns die Selbstzerfleischung und die Vernichtung der Volkskraft weitergeht, so lange kann dieses Vertrauen zu Deutschland im Ausland nicht aufkommen. Man wartet dort ab, was die politischen Entscheidungen der nächsten Zeit bringen. Sie sind entscheidend auch dafür, ob wir in die Zusammenarbeit mit der Weltwirtschaft wieder hineinkommen, und ob wir aus der Misere herauskommen, deren Schlimmstes die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit sind. Man hört das Schlagwort, wir müssen uns wieder „großhungen“! Wer das ausspricht, meint dabei immer den andern. (Große Heiterkeit.) Großhungen kann man sich nicht. Wenn wir alle barfuß gehen wollten und in Papierhänden wie in der unseligen Kriegszeit herumlaufen, dann könnten wir auch noch die letzten unserer Fabriken schließen. Wer soll aber dann die Arbeitslosenunterstützung zahlen? Und wenn das Volk nur Kartoffeln und Salz haben sollte, wie sollte es das erlangen? Nur von einem gesunden Binnenmarkt aus können wir leistungsfähig zum Weltmarkt kommen. Drückt man aber die Löhne immer

weiter, um zu exportieren, so zerstört man den Binnenmarkt und außerdem errichtet das Ausland gegen solche Unterbietung Dämme. Das Ausland hat auch Arbeitslose und wartet nicht, bis wir es mit billigen Waren überschwemmen. Sobald die innerpolitischen Entscheidungen getroffen sind und die außenpolitische Klärung eingetreten ist, müssen wir mit aller Kraft das Arbeitslosenproblem angreifen. Nach meiner Überzeugung ist das nur möglich durch eine ganz radikale Verkürzung der Arbeitszeit — da gehe ich noch weit über Ihre Vierzigstundenswoche hinaus. (Starker Beifall.) In einer für die Dauer starken Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit, die möglich und nötig ist, nachdem ein immer größerer Teil der Arbeit durch Maschinen geleistet wird, erblicke ich die einzige Möglichkeit, mit der wirtschaftlichen auch die politische Krise zu beenden. Ich sehe darin die einzige Möglichkeit, dem Menschen die Luft an der Arbeit wiederzugeben und damit aus einer Situation zu entfliehen, in die uns der unselige Krieg mit seinen Folgen gebracht hat. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Tarnow, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes, bemerkte u. a.: Minister Stegerwald hat unter den Ansehlichkeitsfaktoren auch die innere Politik angeführt. Ich glaube allerdings, mit mehr Energie hätte die Regierung schon viel von dieser Ansehlichkeit beseitigt. (Sehr wahr!) Wir dürfen nicht auf eine selbsttätige Konjunkturaufschwung hoffen, wenn wir den Dingen freien Lauf lassen. Gewiß, der Umbau des Systems bringt Erschütterungen. Wenn aber das bestehende Wirtschaftssystem Änderungen verhindert, die allein neue Lebensmöglichkeiten schaffen können, dann bleibt nichts übrig, als das System zu ändern. Die öffentliche Arbeitsbeschaffung ist unser Notprogramm. Aber wir sagen zugleich, daß ohne Einfügung der Wirtschaft in die Gesellschaft unsere Zukunft dauernd trübe bleiben müßte. Die Zeit der großen privatkapitalistischen Investitionen ist vorbei auf viele Jahre hinaus. Ohne Eingreifen der öffentlichen Hand kommen wir nicht weiter. (Beifall.)

Aus dem weiteren Verlauf der sehr lebhaft geführten Diskussion seien hier nur noch einige Ausführungen des Vorsitzenden des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Schjell, wiedergegeben. Er wies u. a. darauf hin, daß neben der bis jetzt schon durchgeführten außerordentlich scharfen Droßelung der Aufträge der Reichsbahngesellschaft jetzt auch noch 44 000 Arbeiter entlassen werden sollen. Dabei könnten, um nur die notwendigen Reparaturen auszuführen, 70 000 Arbeiter mehr bei 40tündiger Arbeitszeit beschäftigt werden. Das gleiche gilt für den Oberbau der Eisenbahnen. An notwendigem Material aller Art hierfür könnten Millionenaufträge vergeben werden. Die 75 000 Brücken, die Tunneln usw. brauchen noch viel Reparatur, genug Bahnstoffe wären längst schon nutzbar, die Elektrifizierung zu erweitern u. v. a. m. Infolge geht jetzt die Arbeitszeit in Werkstätten, Wärböden, Bahnerhaltung usw. bis zu 57 Stunden, die Schichtzeit einschließlich Bereitschaft sogar bis zu 67 und 93 Stunden! (Entrüstungsruufe.)

Die Debatte, an der sich noch eine Anzahl von andern Rednern mit ausführenden Beiträgen zur Arbeitsbeschaffungsfrage beteiligten, wurde von Eggert in einem temperamentvollen Schlusswort mit einem Appell an die Reichsregierung abgeschlossen. „Das Maß ist voll“, so rief er der Regierung zu. Die Gewerkschaften überstreben nicht gern. Wenn sie aber jetzt angeht, der aufs höchste gestiegenen Not erklären, das Maß voll ist, dann muß das für die Reichsregierung eine ernste Mahnung sein. Wir werden von neuem bei der Regierung vorstellig werden und unsere Forderungen von neuem eingehend begründen. Unsere Entschlieung zur Arbeitsbeschaffung bedeutet einen Auftrag an den Bundesvorstand, mit neuer Kraft und ohne Unterlass den Kampf um die Arbeitsbeschaffung weiterzuführen! In Anlehnung an ein Wort von Lassalle sagen wir: Wir schauen jetzt nicht nach links und schauen nicht nach rechts! Arbeitsbeschaffung, das ist die Forderung der Zeit. Und mit dieser Forderung werden wir durchdringen. Alle Kraft wollen wir fortan anbieten, damit eine Wirtschaftsordnung Maß greift, die diese unerhörten Erschütterungen, diese Not und dieses Elend vermeidet, die das deutsche Volk in den letzten einundsiebzig Jahren durchgemacht hat — eine Wirtschaftsordnung in der jeder, der Menschenwürdigkeit trägt, ein menschenwürdiges Dasein führen kann. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf wurde folgende Entschließung vom Kongress einstimmig angenommen:

I.
Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungspfeil der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.
Der Kongress richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Zuangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zufälligen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenreparatur und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasser-

Schuh, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die geschäftigsten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Aufwendungen zu ihrer Überwindung gesteigert werden. Alle noch aufreibbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsluftsteuer ersparten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstüßungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkswirtschaftlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so auszugestalten ist, daß sie die von der Bevölkerung gebotenen Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfang auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einschneidende und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralkommission zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inland wie im Ausland zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenauflage.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiet der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volksteile verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aussicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

Damit waren die Verhandlungen des Krisenkongresses nach fast siebenstündiger Dauer beendet. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Schumann, sprach den Regierungsvorstellern sowie dem Reichstagspräsidenten zunächst Dank aus und fuhr dann fort: „Wenn die drohende Bürgerkriegsgefahr schon zweimal hintereinander gebannt worden ist, so ist das der geschlossenen Abwehr durch die organisierte Arbeiterschaft zuzuschreiben. Nun steht vor ihr noch der schwerste Kampf für die Aufrechterhaltung Preußens als Vormacht der deutschen Demokratie. Wir fordern von der Regierung, daß sie allen verfassungsfeindlichen Bestrebungen auf das entschlossenste entgegentritt. Im Hinblick aber auf die wichtige Entscheidung in Preußen schließen wir, anders als sonst, diesen unsern Kongreß mit dem Ruf: Die deutsche Republik und die organisierte deutsche Arbeiterschaft, sie leben hoch!“

Begeistert stimmten die Delegierten und die Tribünenbesucher in dieses Hoch ein.

Zur Preußenwahl

Die letzte Etappe des großen politischen Entscheidungslampfes, der seit dem März in Deutschland todt, bildet das Ringen um die Zusammensetzung des Preussischen Landtags, das in der Wahl am 24. April seinen Abschluß findet. Der Ansturm der gesamten Kräfte der Reaktion gilt Preußen, nachdem der Kampf um die Besetzung des Reichspräsidentenpostens von ihr verloren wurde. Preußen, seit dem November 1918 regiert von der Koalition der Weimarer Parteien, ist das Ziel, das zu erreichen die gesamten Parteien der Reaktion ihre Kräfte verdoppeln. Denn aus dem einst junkerlich beherrschten Preußen des Dreiklassenwahlrechts ist dank der fast unausgesetzten ausschlaggebenden Beteiligung der Sozialdemokratie an der Preußenkoalition und der Preußenregierung das Preußen geworden, das von allen Gegnern der Demokratie und der Republik als das „rote Preußen“ verschrien und bekämpft wird.

Was die Nationalsozialisten und ihre Bundesgenossen auf dem Wege über die Reichspräsidentenwahl nicht er-

reicht haben, das hoffen sie in einer letzten großen Kraftanstrengung am 24. April zu erreichen. Nicht nur in Preußen, sondern auch in Bayern, Württemberg, Hamburg wird am 24. April durch die Wahl die Zusammensetzung der Länderparlamente bestimmt. Aber von ausschlaggebender Bedeutung für die innere und äußere Politik Deutschlands sind hauptsächlich die Preußenwahlen, die entscheidend für das Gesicht der deutschen Republik sein werden. Denn Preußen in seiner Größe, das nach Umfang und Bevölkerung drei Fünftel Deutschlands umfaßt, mit seiner umfangreichen Verwaltung, mit seiner starken Polizei bedeutet in der Tat heute wie vor einigen Jahrzehnten Deutschland. In Thüringen und in Braunschweig konnte und kann man das Experiment nationalsozialistischer Mitregierung wagen. Aber schon diese Beispiele zeigen, was gerade die Masse des Volkes, gerade die Arbeiterschaft, dabei zu riskieren und dabei zu verlieren hat. Die nationalsozialistische Mitregierung in Thüringen und in Braunschweig hat eine Welle von Berührung und Schwierigkeiten nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern in ganz Deutschland hervorgerufen. Wenn das schon erfolgte auf Grund der Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in zwei kleinen deutschen Ländern, wieviel größer erst würde das Unheil für Staat und Wirtschaft sein, wenn sich in Deutschlands größtem Land, Preußen, die gleichen Kräfte der Herrschaft über Polizei und Schule, über Verwaltung und Exekutive bemächtigen würden.

In dem von der Wirtschaftskrise bedrohten Deutschland würden die Folgen einer solchen politischen Machtverschiebung zuerst und zumeist die Arbeiterschaft treffen. Es darf niemals übersehen werden, daß die Ausübung der in der Verfassung und in den verschiedenen Reichsgesetzen niedergelegten Rechte der Arbeiter von der Verwaltung der Länder erfolgt. Sozialgesetz, Arbeiterschutz, Koalitionsfreiheit würden zu leeren Worten und Begriffen ohne Inhalt, wenn nicht die Länder ihre Innehaltung und Durchführung garantierten.

Ganz abgesehen aber davon, daß ein den Mächten der Reaktion ausgeliefertes Preußen den Fortfall eines Schutzwalles für die sozialen Erwerbschaften der Arbeiter bedeuten würde, wäre auch ein von Nationalsozialisten maßgebend regiertes Preußen sehr bald wieder ein Staat, in dem auch die politische Gleichberechtigung und das politische Mitbestimmungsrecht zur hohen Preise würden. Denn nur dadurch, daß das republikanische Preußen mit den Mitteln der Polizei und der Verwaltung dem wirtschaftlich schwachen Teil der Bevölkerung die Ausübung der politischen Rechte garantiert, ist es möglich gewesen, dem wirtschaftlichen Übergewicht der Industrie- und Bodenmagnaten einen politischen Machtfaktor entgegenzusetzen. Hitler und die Nationalsozialistische Partei sind nichts weiter als der Vorposten für die Schmach und Mühseligkeit der Industriellen, die von der Wiederherstellung des einstigen Zustandes des „Herr im Hause“ träumen. Und gelangen die Nationalsozialisten zur Macht, dann werden die Förderer und Geldgeber dieser Partei sich nicht scheuen, Herrn Adolf Hitler und seinen Mannen die Rechnung zur Begleichung vorzulegen.

Die Bedeutung des eindeutig republikanisch regierten und verwalteten Preußens liegt aber auch auf außenpolitischem Gebiet. Niemand hätte die auf Verändigung mit den ehemaligen Gegnern gerichtete Außenpolitik des Reiches so trotz aller inneren Schwierigkeiten und Hemmungen in dem ganzen letzten Jahrzehnt durchgeführt werden können, wenn nicht das republikanische Preußen die Reichsregierung in dieser Politik mit aller Kraft gestützt und gefördert hätte. Die Tatsache, daß Preußen als Land der Reichsregierung bei allen außenpolitischen Krisen die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit garantieren konnte, hat nicht zuletzt diese Befähigung, ihre Außenpolitik zu ermöglichen. Und nur durch diese Außenpolitik, nur durch eine Politik der Beständigkeit ist es in dem von Krieg und Inflation wirtschaftlich schwer geschädigten Deutschland überhaupt möglich gewesen, Wege zum Aufbau der Wirtschaft zu suchen und einzuschlagen. Heute lastet die Arbeitslosigkeit nicht nur auf Deutschland, sondern mehr oder minder auf allen Ländern Europas, ja der Erde. Amerikas wirtschaftlicher Niedergang ist ein Beweis dafür, daß die Wirtschaftskrise nichts danach fragt, ob ein Land und seine Wirtschaft zu den Unterlegenen oder zu den siegreichen Mächten des Weltkriegs gehören. Aber die deutsche Arbeitslosigkeit, das deutsche Wirtschaftselend wird wesentlich verstärkt durch die innerpolitische Unsicherheit, die durch das Anwachsen der radikalen Parteien von rechts und links hervorgerufen wird. Deren hemmungslose Agitation, deren krampflose Drohungen, auch mit den Mitteln der Gewalt den heute bestehenden Staat und seine Verfassung kürzen und ändern zu wollen, erschüttern das Vertrauen weiter Schichten der deutschen Bevölkerung in die Zukunftsmöglichkeit deutschen wirtschaftlichen Aufstiegs und einer kommenden wirtschaftlichen Besserung. Der Ausgang der Reichspräsidentenwahl hat zwar manche Teile des deutschen Volkes schon darüber belehrt, daß auch die radikalen Parteien in ihrem Zuwachs Grenzen haben. Deshalb aber werden nun Unruhe und Unsicherheit aufs neue vermehrt mit dem Hinweis darauf, daß der 24. April dem republikanischen festen Kurs in Preußen ein Ende bereiten wird. Und solange nicht der Wahlausgang vom 24. April bewiesen hat, daß die Bevölkerung Preußens in ihrer Mehrheit die extremen Parteien rechts und links ablehnt, so lange wird auch das Ausland sich nicht überzeugen lassen, daß trotz aller krampflosen Verhegung und Demagogie der größte Teil des Volkes zur politischen Einsicht und wirtschaftlichen Vernunft sich bekennt.

Das Interesse der Arbeiterschaft gebietet es daher, daß alle Kraft angepannt wird, um den 24. April zu einem Tag der Niederlage des hemmungslosen Radikalismus zu gestalten. Wenn sich alle Schichten des arbeitenden Volkes am 24. April zusammenfinden zum Schutz des neuen Preußens, zur Sicherung derjenigen Erwerbschaften, die es gebracht hat; Gleichberechtigung der Staatsbürger, Schutz der Schwachen, Toleranz gegen alle Andersdenkenden und alle Konfessionen, dann wird eine überwältigende Mehrheit auch diesen Ansturm der Reaktion und ihrer kommunistischen Helfershelfer zum Scheitern bringen. Das Preußen, in dem die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, ist die einzige Sicherheit gegen Terror und Gewalt. Wird dieses Preußen, die Bastion der Republik und Demokratie, am 24. April erfolgreich verteidigt und gehalten, dann wird der 24. April in der politischen Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften als Tag des Sieges zu buchen sein.

Bamberger Jubiläen

50jähriges Jubiläum des Ortsvereins Bamberg und 25jähriges Bestehen der Maschinenfehrvereinigung Bamberg am 27. März 1932

Nach langer, mühevoller Arbeit kam endlich der Tag heran, an dem der Ortsverein und die Maschinenfehrvereinigung Bamberg in der Maschinenfehrvereinigung Nürnberg ihre beiden Jubiläen begehen konnten. Ersterer feierte sein 50. Wiegenfest und letztere das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Blauer Himmel strahlte hernieder, als morgens die Züge die vielen Festteilnehmer und die einzelnen Deputationen hierher brachte. Beängstigende Fülle herrschte bereits im Gartenaal der „Konfordia“, als die Bezirksversammlung der Maschinenfehrer des Bezirks Nürnberg ihren Anfang nahm und so den Auftakt gab für die kommenden Veranstaltungen.

Um 11 Uhr fand nun im großen Saal der „Konfordia“ eine allgemeine Festversammlung statt, zu der der Gauvorsitzende Döhling (München) das Referat übernahm, und an der fast alle Kollegen von hier sowie die auswärtigen Gäste teilnahmen. Einleitend begrüßte der Vorsitzende des Ortsvereins, Kollege Schliefer, in herzlichen Begrüßungsworten die Erschienenen und gab seiner Freude Ausdruck, daß Bamberg, als eine der ältesten Druckstädte des Reiches überhaupt, heute so viele Kollegen sähe. Hier- auf betrat der Gauvorsitzende Döhling das Rednerpult. Ausgehend von historischen Betrachtungen über Bambergs Druckereien, kam er nun auf die Anfänge des ersten Zusammenstufes und der schweren Kämpfe der Kollegen zu sprechen und baute so sein Referat aus bis zur Jetztzeit. Zum Schluß kam er auf die Schwierigkeiten der Tarifverhandlungen zu sprechen und ermahnte dabei die Kollegen, daß sie weiterhin treu zum Verband halten mögen und den Anordnungen der Führer stets Folge leisten, dann komme auch der Verband wieder über alle Fährnisse hinweg. Langanhaltender Beifall besöfnete den Redner für seine trefflichen Ausführungen.

Nach dem gemeinsamen Mittagstisch nahmen die Gäste an einer Motorbootfahrt auf der Regnitz nach Bug teil, von der alle recht zufrieden zurückkehrten.

Die Nachmittagsveranstaltung fand nun wieder im fast überfüllten Saal der Gesellschaft „Konfordia“ statt. Nach einleitenden Musikstücken und Chordrücken der „Typographia“ Bamberg begrüßte der zweite Vorsitzende W a l t r a p p die Erschienenen. Den Höhepunkt der Veranstaltung brachte die Festrede des Kollegen Schliefer. Ausgehend von Albrecht Pfister, einem Schüler Guttenbergs, entrollte er ein hochinteressantes Bild der organisierten Entwicklung der Mitgliedschaft und der Maschinenfehrvereinigung bis zur Jetztzeit. Den gefallenen und toten Kollegen wurde ein stilles Gedächtnis gewidmet, und sämtliche Anwesende erhoben sich von ihren Sitzen, als die Musik „Ich hatt' einen Kameraden“ spielte. Aber den Tod hinweg aber triumphiert das Leben, und so kam Redner wieder auf das organisierte Leben der Bamberger Verbände zu sprechen und schloß schließlich mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband und die Maschinenfehrerpartei. Der Vorsitzende der Maschinenfehrer-Bezirksvereinigung Nürnberg, K i c h a r d L a n g e, be- glückwünschte hierauf beide Jubiläumsvereine und nahm die Ehre der Gründungsmitgliedern D i e r t u d M e l z vor, und des Kollegen G l o h n e r für 25jährige Mitgliedschaft. Der Maschinenfehrvereinigung Bamberg über- reichte er einen sehr schönen Zinntrug mit den eingravierten Insignien der Vereinigung. Kollege D o n a t, der Vorsitzende der Maschinenfehrvereinigung Bamberg, dankte dem Vordredner für seine Glückwünsche und ver- sicherte, daß die Maschinenfehrvereinigung Bamberg stets, dem alten Buchdruckerbrauch gemäß, den Krug in hohen Ehren halten werde und ihn seiner Zweckbestimmung zu- führen wolle. Bei der nun folgenden Ehre der Jubiläre des Ortsvereins wurden folgende Kollegen geehrt durch Überreichung der entsprechenden Nadeln, Diplome und den unvermeidlichen Bierkrug. Für 50jährige Mitgliedschaft: Joseph Nagengast, Heinrich Melz (45 Jahre), Michael Bauer (42), Andreas Hebenantz (42), Lorenz Melly (40), Karl Schnell (40), Hans Wegler (39), Franz Reges (39), Lorenz Hofenstern (38), Adam Ost und Max Herzog (25). Für die Geehrten sprach Kollege M i c h a e l B a u e r seinen Dank aus.

Nun erfolgte die Entgegennahme der Glückwünsche der einzelnen Vertreter und die Verkündung der eingelaufenen Glückwünschrufen, wofür auch an dieser Stelle herzlich gedankt sei. Gauvorsitzer Döhling kam noch auf unfre Frauen zu sprechen, die vor lauter Berufsintere-

essen von den Vordnern vergessen wurden. Er betonte, daß die Frau, die mit der Sorge des Haushaltes und der Erziehung der Kinder befaßt sei, auch mit dem Geist der Berufsorganisation des Mannes zu erfüllen sei und schloß mit einem beifällig aufgenommenen Hoch auf unsere Frauen. Die „Typographia“ Bamberg umrahmte alles mit großartigen Männerchören, die unter Leitung des Komponisten Karl Schäfer standen, und die Musikkapelle hielt noch lange alle Kollegen bis in die späten Nachstunden zusammen.

Noch lange wird der Tag jedem Teilnehmer im Gedächtnis bleiben, die Allen mahnend, weiter treu auszuhalten, damit ihr Werk nicht zerfällt, und die Jungen auffordernd, den Allen nachzueifern und das große Werk weiter auszubauen. D. Donat.

Korrespondenzen

Düsseldorf. Unserer Versammlung am 20. März hatte ihr besonderes Gepräge — äußerst unruhig und stürmisch war ihr Verlauf. Das einzige Positive dieser Versammlung, die von der inzwischen bei den Düsseldorf-Buchdruckern gegründeten Hammerschaft der „Eisernen Front“ befehligt wurde, war die Stellungnahme zum Abbruch der Mantelartikelforderungen. Gausvorsteher Lössner gab einen Bericht von den Verhandlungen selbst und den geplanten weiteren Verschlechterungen des Lohnes. Vorliegender Führe unterbreitete der Versammlung folgende Resolution, die mit Mehrheit angenommen wurde: „Die Anträge und das Auffliegen der Mantelartikelforderungen beweisen, daß unser Tarifpartner beabsichtigt ist, uns erneute Verschlechterungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bringen. Gegen den Abwärtswillen der Prinzipale helfen nicht entzweitete Worte, und wir erwarten, daß scharfe Abwehr des Verbandes den Sklavenservatursvertrag des Deutschen Buchdrucker-Vereins auch durch das Zentralratsfähigkeitsamt nicht zur Tat werden läßt. Schärfster Kampf soll auch entgegen zur Durchdringung der von uns gestellten Forderungen.“ Nach einer endlosen Geschäftsordnungsdebatte, die sich zeitweise zum tumultuösen steigerte, wurde dem Vorsitzenden Führe durch „Hammelsprung“ mit 92 zu 65 Stimmen das Mißtrauen ausgesprochen. Ein Antrag auf Vertagung beendete diese Auseinandersetzung. In einer erneut anberaumten Versammlung am 2. April, konnte die Tagesordnung einschließlich Referat einwandfrei durchgeführt werden. Kollege Führe gab die Kündigung des Lohntarifs bekannt. Es sei dieses nicht nur gefährlich, so führte er aus, um einen Druck auf die Mantelartikelforderungen auszuüben, sondern um auch in anderen Berufen die Verschlechterungen der Tarife durchzuführen. Nachdem man 1½ Jahre Lohnabbau getrieben hat, um die Wirtschaft anzukurbeln, sollte gegen den Abwärtswillen der Unternehmer die entschlossene Kampfricht der Gewerkschaften einsehen. Zu einer erregten Debatte kam es, als die von der „Eisernen Front“ und den oppositionellen Kollegen herausgegebenen Flugblätter kritisiert wurden. Es wurde aus dieser Debatte heraus ein — das in der vorigen Versammlung ausgesprochene Mißtrauen verstärkender — Antrag auf Abwahl des Vorsitzenden gestellt. Die Versammlung lehnte diesen Antrag jedoch mit großer Mehrheit ab. Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag, der das Referat des Führes der Düsseldorf „Eisernen Front“, Richter, ablehnt, dafür aber den zweiten Gausvorsteher Fette mit dem gleichen Thema, „Gewerkschaften und Falschismus“, verpflichtete. Als guter Kenner der tatsächlichen Verhältnisse erwies sich der Referent H. Möller, der Johann über den chinesisch-japanischen Konflikt in der Mandchurien sprach. Reicher Beifall besaß die interessanten Ausführungen. Ein Antrag auf Einberufung eines Gantages vor dem Verbandstag wurde nach kurzer Aussprache angenommen und an den Gausvorstand weitergegeben. Das Schmerzenskind des Ortsvereins ist die Kaffe. Die Uffria besteht aus einer unfindbaren Hypothek und einer nicht einbringbaren Schuldbüchse. Bei diesem Kaffebestand entstand für die Versammlung die Frage, entweder den Extrabeitrag zu erhöhen, oder die Ortsunterstützung für die Erwerbslosen und Durdreißenden zu kürzen. Nach einer Aussprache über das Für und Wider der Beitrags-erhöhung wurde dann beschlossen, bis zur nächsten Versammlung Betriebsversammlungen einzuberufen, die zu der Erhöhung Stellung nehmen sollen. Laut Beschluß des Vorstandes bleiben die Unterstützungen noch ein Quartal bestehen, doch wird eine Kommission bestimmt, die bis dahin neue Änderungsvorschläge ausarbeiten soll. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Köln. Zur Berichterstattung über die Mantelartikelforderungen und zur Erledigung einer Reihe interner Angelegenheiten hatte der Gausvorstand von Rheinland-Westfalen die Bezirksvorsitzenden sowie die Gauvertreter der Sparten und der graphischen Bruderverbände auf den 10. April zu einer Konferenz nach Köln eingeladen. Gausvorsteher Lössner, der in seinen Eröffnungsworten alle Geladenen begrüßte, dankte zunächst den von ihren Posten als Bezirksvorsitzende zurückgetretenen Kollegen Vöhringer, Greiner, Neu und Kentrop für ihre jahrelange Arbeit im Interesse des Verbandes und ließ hier zum ersten Male anwesende Vorsitzende besonders willkommen. Erregende Worte widmete Kollege Lössner dann unserm Gauvertreter Frik Möller, der in der Vorwoche sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsangehöriger begehen konnte, ehrenamtlich aber schon seit 1894 als Bezirksleiter tätig war. Nach Erledigung des Geschäftlichen berichtete Kollege Lössner über den Verlauf der Mantelartikelforderungen, von denen er den Anwesenden ein getreues Bild gab. In der anschließenden Diskussion sprachen sich alle Redner anerkennend über die Tatkraft unser Vertreter aus. Man erwartete, daß keinerlei Verschlechterungen eintreten. Die Prinzipalsvorlage müsse der Abschmung verfallen. Kollege Vöhringer ging in seinem Schlusswort auf Einzelheiten der Aussprache ein und machte noch einige organisatorische Mitteilungen. Zu Punkt 2, „Abhaltung des Jungbuchdruckertages 1932“, beschloß die Konferenz nach einleitenden Worten des zweiten Gausvorstehers Fette, infolge der für die kriegenzeit hohen Kosten die Veranstaltung auf später zu verschieben.

Um aber denjenigen Lehrlingen, die sich auf die Teilnahme eingerichtet haben, keine Enttäuschung zu bereiten, soll die geplante Maßnahme bei genügender Beteiligung unter Führung des Gausleiters Friedrichs stattfinden. Den Punkt 3 der Tagesordnung, „Gautag 1932“ betreffend, behandelte Kollege Lössner. Ausgehend von der voraussichtlichen Vertagung des Verbandstages in die erste Hälfte des nächsten Jahres, brachte er den Beschluß der letzten Bezirksvorsitzenderversammlung im September des Vorjahres in Erinnerung, den Gautag tagungsgemäß nach dem Verbandstag abzuhalten. Nimmere habe der Bezirk Düsseldorf einen Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Gautages vor dem Verbandstag gestellt. Statutarisch müsse ein solcher Antrag von zwei weiteren Bezirksvereinen unterstützt werden, in welchem Falle dann eine Abstimmung unter den Gaumitgliedern stattfinden müsse. Vom Gausvorstand werde gewünscht, der hohen Kosten wegen von einem außerordentlichen Gautag abzusehen. Nach Erwägung des Für und Wider in der Diskussion wurde man darüber einig, daß bis zum 1. Oktober die Bezirke dazu Stellung nehmen sollen, ob sie den Antrag Düsseldorf unterstützen. Einem Eventualantrag des Kollegen Vellingraß (Barmen) wurde zugestimmt, daß im Falle der Unterstützung des Antrags durch zwei Bezirke die Abstimmung auf Abhaltung eines „ordentlichen“ Gautages vor dem Verbandstag lauten soll, um die Kosten für einen weiteren Gautag nach dem Verbandstag zu sparen. Unter „Berichtigungen“ wurde beschlossen, die alljährliche Lehrlingsleiterkonferenz am Himmelfahrtstag (5. Mai) in Bonn abzuhalten, erforderlichenfalls unter Hinzuziehung der Fachauschüßsleiter. Bis 25. April müssen die Delegierten benannt werden. Gausvertreter Möller gab dann einige Erläuterungen aus seiner Praxis, bemängelte das Anfordern von zu hohen Summen und das Zurückhalten von Gausgeldern in den Bezirken, wodurch der Gausfiskus Verluste entstehen. Einen breiten Raum nahmen die Vorgänge im Bezirk Düsseldorf ein, die Kollege Lössner eingehend besprach, ergänzt von den Kollegen Fette und Friedrichs. Nach eingehender Besprechung wurde dem derzeitigen Vorsitzenden aufgegeben, für geordnete Verhältnisse zu sorgen, wie sie in unserm Verbande würdig sind, was auch von demselben versprochen wurde. Nachdem die Konferenz sich noch mit einer Reihe organisatorischer Fragen und interner Angelegenheiten beschäftigt hatte, fand die Tagung mit dem Dank des Kollegen Vöhringer an die Erschienenen und dem Wunsch auf weitere geistliche Arbeit für unsern Verband um 18 Uhr ihr Ende.

Köln. (Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplastiker.) Am 20. März fand, im Elsaß- und Jahresthauerversammlung unser Gauvereinigung statt. Vorsitzender Steinkamp hielt die Erschienenen herzlich willkommen und begrüßte insbesondere die Vertreter des Bezirks und die Spartenvertreter. Kollege Weber gedachte in ehrender Weise des 25jährigen Bestehens der Sparte des Bezirks Elsaß und insbesondere der 25jährigen Tätigkeit des Kollegen Knäuper als Vorsitzender der Vereinigung des Bezirks Elsaß, der auch heute noch den Vorsitz führt. Ebenfalls gedachte Kollege Weber in ehrender Anerkennung der übrigen Mitglieder, die der Sparte 25 Jahre die Treue gehalten. Nach Bekanntgabe einiger Eingänge erstattete Kollege Steinkamp den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl ist leider zurückgegangen, besonders durch die Stilllegungen einzelner Bezirke. Die Debatte wurde sehr ausgiebig geführt. Im allgemeinen war man mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden, es wurde, mehr Agitationsmaterial gewünscht. Der Rückgang der Mitgliederzahl rief Unwillen hervor, insbesondere die Stilllegung einzelner Bezirke. Hier müssten alle Mittel und Wege versucht werden, um die sämigen Bezirke wieder an ihre Pflicht zu erinnern. Es wird erwartet, daß die Gausvorstände uns in diesem Bestreben unterstützen. Der Kaffebericht, der in großer Umtriebe gedruckt vorlag, wurde beifällig genehmigt. Anschließend daran wurden zwei Kollegen ohne Widerspruch aufgenommen. Ein Antrag Düsseldorf auf Herabsetzung der Beiträge wurde abgelehnt. Ein Antrag Elsaß, die Bezirksvorsitzenderversammlung wegzulassen, wurde, da keine Meinung dafür bestand, fallen gelassen. Die Vorstandswahl ergab einstimmig die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Unter „Technischem“ machte Kollege Honellars die Kollegen mit der neuen Silberworte bekannt, deren Auswirkungen nicht unbeachtet bleiben. Unter „Berichtigungen“ gab Kollege Meuris ein Schiedsgerichts-urteil bekannt. Die Wahl des nächsten Verbandsamtes wurde dem Vorstand überlassen. Den Abschluß der sehr anregend verlaufenen Tagung bildete ein zwangloses Zusammensein, bei welchem der alte Buchdruckerhumor zu seinem Recht kam.

Soran (W.-L.). Am 12. März beging unser Ortsverein die Feier seines 25jährigen Bestehens. In Anbetracht der jetzigen Notlage hatte der Ortsverein von einer größeren Feier Abstand genommen, und so versammelte sich nur ein interner Kreis in dem festlich geschmückten Saal unser Vereinslokals. Vor Beginn der Tafel begrüßte Vorsitzender Veil alle Anwesenden aufs herzlichste, insbesondere den Gausvorsteher Keinke (Stettin), den Bezirksvorsitzenden Gurt (Kottbus) und den Vertreter der Hilfsarbeiter, Kollegen Stichert (Stettin). Anschließend verlas Kollege Veil die eingegangenen Glückwunschtelegramme und die sonstigen Glückwünsche. Nach Schluß der Tafel sprach Kollege Keinke in längerem Ausführungen über die Gründung des Verbandes, von seinen Kämpfen, von den Kriegsjahren, von der Revolution und der Inflation. Dann leitete er über zu den Kämpfen des Ortsvereins und sprach von den Schwierigkeiten, die nicht immer eine erprießliche Zusammenarbeit ermöglichten, bedingt durch die Gegenorganisationen, den Gutenberghund. Kollege Keinke führte ferner aus, der jetzige Lohnabbau und die Angriffe auf das Tarifrecht seien leider eine üble Begleiterscheinung der jetzigen Krisenzeit, aber durch Geschlossenheit und Einigkeit im Vertrauen auf den Verband werden wir auch diese Zeit überwinden. Nur den Mut nicht verlieren! Hierauf übermittelte er die Glückwünsche des Verbandes und des Gausvorstandes und überreichte anschließend für 25jährige Mitgliedschaft dem Kollegen Paul Thomas die silberne Verbandsnadel, als einzigem, dem Ortsverein jetzt noch

angehörigen Mitbegründer. Hierauf sprach Kollege Gurt herzlich Glückwünsche und überreichte eine Kugel als Geschenk. Ihm schloß sich Kollege Stichert als Vertreter der Hilfsarbeiter an. Anschließend sprachen noch Glückwünsche aus Vertreter der Ortsauschüsse im DGB, der SPD, des Kartells, der Buchbinder, der Steindruck- und der Vertrauensmann der hiesigen Hilfsarbeiter-Ortsgruppe. Nach herzlichem Dankesworten des Vorsitzenden Veil wurde allen Anwesenden eine Festchrift, die in Form des „Korr“ hergefastet war, überreicht. Nach Aufhebung der Tafel vereinigten sich die Kollegen bei Gelang und Tanz sowie Preisabrätern, wozu eine große Anzahl wertvoller Gewinne anreizte, bis in die frühen Morgenstunden.

Allgemeine Rundschau

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenzählung in unserm Verband im Monat März erstreckte sich auf 204 Verbandsstellen. 27 von diesen mit 1432 Mitgliedern versäumten es, einen Bericht an den Verbandsvorstand einzufahren. Die Mitgliederzahl betrug 89 000 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). An Arbeitslosen wurden gezählt 29 512 (gegen 29 239 im Februar). Verfügt arbeiteten 11 284 Mitglieder (gegen 12 445 im Februar), nämlich bis zu 8 Stunden 7771, 9 bis 16 Stunden 2226, 17 bis 24 Stunden 1047, 25 und mehr Stunden 240. Aus nachstehender Vergleichstabelle ist Näheres zu ersehen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Vorjahr:

Monat	arbeitslos waren	verkörrigt arbeiteten			
		bis zu 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	25 u. mehr Stunden
März ... 1931	19 213	2200	821	458	47
April ... 1931	19 272	2052	802	401	43
Mai ... 1931	20 026	2427	780	412	33
Juni ... 1931	20 578	2823	813	579	46
Juli ... 1931	22 890	3285	1641	900	81
August ... 1931	25 503	6985	3382	1584	284
September 1931	26 035	8060	2944	1484	301
Oktober ... 1931	27 376	9236	3100	1658	603
November 1931	27 190	9775	2558	1174	432
Dezember 1931	27 887	8950	2300	1029	269
Januar ... 1932	28 851	8992	2736	1180	222
Februar ... 1932	29 230	8401	2861	1126	257

Tarifkonflikte in Memel. Wie uns vom Verband der Buchdrucker und verwandter Berufe in Memelgebiet mitgeteilt wurde, befindet sich seit dem 9. April ein Teil seiner Mitglieder in Memel wegen tariflicher Differenzen im Streik. Vor Annahme von Konditionsangeboten aus Memel wird hierdurch gewarnt. Auf alle Fälle sind rechtzeitig Erkundigungen einzuziehen bei der Organisationsleitung in Memel (Vitanen), Parkstraße 3.

Ausstellung „Typographie und Druck in Frankreich“ im Verbandsausbau zu Berlin. Im Buchgewerbe des Verbandsausbaues, Berlin SW 61, Dreißigstraße 5, wird zur Zeit eine reichhaltige Ausstellung französischer Drucksachen gezeigt, die einen lehrreichen Überblick über die zeitgemäße französische Typographie und die verschiedenen Druckverfahren vermittelt und Gelegenheit zu recht anregenden Vergleichen zwischen der deutschen und französischen Drucksachenausstattung gibt. Ihr Besuch kann deshalb nur empfohlen werden, sie ist geöffnet wochentäglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends (Sonnabends von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags) und Sonntag, den 17. April, sowie Sonntag, den 9. Mai, von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. Wir machen besonders die Berliner Kollegen auf diese Gelegenheit zum Besuch der Ausstellung, die vom Münchener Buchgewerbeverband zur Verfügung gestellt wurde, aufmerksam.

Presseforderungen an den Reichsinnenminister Groener. Vertreter der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse haben am 9. April dem Reichsminister des Innern Groener in einer Bepredung erneut ihre Bedenken gegen die für Staat und Presse gefährlichen Auswirkungen der Pressenotverordnungen dargelegt. Sie haben dabei die Notwendigkeit der Wahrung der Staatsautorität anerkannt, aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß es ebenso notwendig sei, der Presse die Sicherheit und Freiheit wiederzugeben, deren sie für die Ausübung ihrer Aufgaben gerade in der heutigen Zeit bedürftig. Minister Groener gab die Zusicherung, daß er die vorgetragenen Wünsche und Vorschläge unverzüglich prüfen werde.

Die Presse Brasiliens. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes erschienen letztjährig in ganz Brasilien 260 Tageszeitungen, 1325 Wochenblätter, 208 Halbmonatsblätter, 676 Monatsblätter und 145 Jahresschriften. In portugiesischer Sprache erschienen 2376 Schriften, 69 deutsch, 24 italienisch, 12 englisch, 7 arabisch, je 6 polnisch und spanisch, 4 japanisch, je 3 französisch und ungarisch, je 2 ukrainisch und jiddisch, je eine in Esperanto und 42 in anderen Sprachen. Die meisten Schriften, 706, erschienen im Bezirk Sao Paulo, dann folgt die Hauptstadt Rio de Janeiro mit 524, schließlich die Bezirke Minas Geraes mit 435, Rio Grande do Sul mit 238, Bahia mit 170 Schriften usw.

Mittlere des Vertrauens der Sparten in den Konsumgenossenschaften. Der Zusammenbruch verschiedener Großbanken im Sommer 1931 verfehlte dem Vertrauen aller Sparten im Deutschen Reich einen schweren Stoß. Ebenso wie die Banken und die Sparkassen blieben auch die Konsumgenossenschaften von einem nicht unbeträchtlichen Abzug der bei ihnen angelegten Spargelder nicht verschont. Die von den Konsumgenossenschaften und ihren Zentralorganisationen getroffenen Vorkehrungen ermöglichten es jedoch, alle Anforderungen der konsumgenossenschaftlichen Spartenkreise zu erfüllen. Extremlicherweise ist inzwischen die wirtschaftliche Einsicht der sparten Verbraucher wieder erheblich gestärkt worden. Die Mittlere des Vertrauens der Konsumgenossenschaftsparte geht aus der Spartenlagenstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die 128 große Konsumgenossenschaften umfaßt, deutlich hervor. In diesen 128 Konsumgenossenschaften betrug die Auszahlungen von Sparten in den Durchschnitt der

Lehnen drei Monate (Dezember 1931, Januar und Februar 1932) geringer als in der entsprechenden Vorjahreszeit, obwohl viele notleidende Konjunktionsgesellschaftenmitglieder gegenwärtig ihre Spargroschen weit dringender benötigen als vor Jahresfrist. Die von der starken Kraft der Selbsthilfe überzeugten Verbraucher wissen, daß ihre Erparnisse nirgends sicherer und nutzbringender angelegt sein können als in den unter ihrer eigenen Mitverantwortung und Kontrolle errichteten Konjunktionsgesellschaften. Die Krisenwirkungen und die verurteilenden Angriffe der Konjunktionsgesellschaftsgegner vermögen diese Zuversicht nicht zu erschüttern.

Kopfgarhe und Intelligenz bei Schulkindern. Der Wormser Arzt Bayerthal hat durch zahlreiche Messungen, die er an Köpfen von Schulkindern anstellte, ein sehr wertvolles Material geschaffen, das nicht nur gefastet, die schon seit langem in der Wissenschaft diskutierte Frage nach den Beziehungen zwischen Schädelumfang und Intelligenz ganz allgemein zu einer Bejahung der Existenz solcher Beziehungen zu beantworten, sondern auch schon erlaubt, einige prinzipielle Gesetzmäßigkeiten für diese Beziehungen aufzustellen. Er selbst fasste das Resultat seiner Untersuchungen ganz allgemein in folgendem Satz zusammen: „Im schulpflichtigen Alter kommen sehr gute geistige Fähigkeiten verhältnismäßig häufig bei großen, seltener bei kleinen und niemals bei den kleinsten Köpfen vor.“ Als kleinste Köpfe sind nach Bayerthal anzusehen Knaben von 7 Jahren, deren Schädelumfang unter 48 cm bleibt, Knaben von 10 Jahren mit einem Kopfumfang von 49,5 cm und Mädchen gleichen Alters mit einem solchen unter 48,5 cm, und Knaben von 12 bis 14 Jahren mit einem Kopfumfang von weniger als 50,5 cm und Mädchen von 12 bis 14 Jahren mit einem solchen von weniger als 49,5 cm.

Zinsholzfällig Kreuger, ein Bilanzjährlcher. Die englische Revolutionsgesellschaft, die die Aufgabe hatte, die Grundlage des weit verfallenen Kreuger-Konzerns zu untersuchen, ist zu der Überzeugung gekommen, daß die Bilanz des Konzerns vom 31. Dezember 1930 bereits gefälscht war. Infolge persönlicher Anweisungen des Ingenieurs Kreuger sollen in den Büchern Eintragungen vorgenommen sein, „durch die Bilanzposten, die die Schulden der Gesellschaft bei bestehenden Unternehmungen betreffen, ausgelassen oder aber Aktion in bedeutenden Beträgen neu geschaffen worden sind.“ Die Industriegesellschaften und die Finanzinstitute dieses Konzerns waren innerlich ausgehöhlt. Wenn die Gesellschaft Kreuger & Toll soll im Jahr 1931 mehr als 1000 Millionen Kronen verloren haben. Diese Erkenntnis hat den Windus um einen Mann von internationaler Ansehen gründlich zerstört. Kreuger war ein Halardauer, der in fälschungen das letzte Mittel sah, um das von ihm geschaffene riesige Unternehmen über die Krise hinwegzuführen. Die Fälschung um die Welt in den letzten Monaten seines Lebens galt dem Versuch, durch eine große internationale Anleihe das Schlimmste abzuwenden. Als dieser Versuch sich nicht verwirklichte, griff Kreuger nach dem Revolver. Seine Nachfolger in der Geschäftsführung der Unternehmungen und vor allem der schwedische Staat haben nunmehr die schwierige Aufgabe, diesen gewaltigen Konzern unter schweren Opfern zu liquidieren. Kreuger war von dem Bestreben geleitet, seinen Konzern wieder flott zu machen. Wenn es ihm nicht gelang, so war daran zum großen Teil die Weltkrise schuld. Er mußte in dem Kampf gegen sie unterliegen. Die Wege, die er dann einschlug, führten auf das kriminalistische Gebiet. Einmal vorgenommene Korrekturen in den Geschäftsbilanzen zogen immer weitere nach sich. Zweimal ist Kreuger durch die schwedische Reichsbank und große schwedische Privatbanken gestützt worden. Man vertraute einem Mann, der so unehrerliche Erfolge erzielen konnte. Das Nachsehen hat das ganze schwedische Volk. Kreuger ist ein weiteres Glied in

der langen Kette der Zusammenbrüche internationaler Konzerne. In Deutschland, Italien, Frankreich, England, USA, überall sind schnell reich gewordene Finanzgrößen von ihrem hohen Sockel gestürzt worden. Teilweise lag dies an Umständen, die sie nicht zu meistern vermochten, teilweise waren sie gescheitert von ihrem Erfolg und hatten das Augenmerk für mögliche Konsolidierungen verloren. Wenn Kreuger und andre zu solcher Höhe emporsteigen konnten, dann war dies dem unbegrenzten Vertrauen zuzuschreiben, welches derartigen Kapitalisten alle Länder entgegengebracht wird. Ein Mann, der organisatorische und finanzielle Erfolge durch rührige Tätigkeit aufzuweisen hat, gilt als ein Genie, dem man unbegrenztes Vertrauen entgegenbringen kann. Erst in solcher Wirtschaftsdiktatur, dann merkt man erst, daß man einem Phantom nachgeht ist. Der volkswirtschaftliche Reichtum, der in Fabriken und Werksstätten geschaffen wird, darf insofern nicht Spekulationsnaturen ausgeliefert werden.

Kleine politische Zeitnotizen. Durch Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident am 13. April die Auflösung der Privatarmee Hillers verfügt. Daburich werden sämtliche militärischen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schulstaffeln (SS), mit allen dazu gehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA-Beobachter, SA-Kameraden, Motorjäger, Marineflurme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Jugendmeisterei mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Der Reichsrat trat am Donnerstag zu seiner jüngsten Vollziehung zusammen. Auf der Tagesordnung standen eine Reihe interessanter Vorlagen, so der Gesetzentwurf über die Verlängerung des Vertrags vom 24. April 1926 und des Schlichtungsverfahrens vom 25. Januar 1929 zwischen Deutschland und Sowjetrußland und Berordnungsentwürfe über die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel sowie über die Konturs- und Vergleichsstatistik. Die Friedensverhandlungen in Schanghai, die bereits in den letzten Tagen nur durch die Bemühungen des englischen Gesandten aufbestehen konnten, sind abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Briefkasten

A. Z. in M.: Begründung des ersten Absatzes ist falsch, und die übrigen Teile sind für unsern Lesern sehr des „starr“ alte Bekannte. Veröffentlichung kann daher nicht angelegt werden. **A. S. in M.:** In Betreff der Verammlungsberichte müssen patentes Ansehen acht Augen in unsern Händen sein, nicht erst nach mehr als Monatsfrist. **B. E. in M.:** Artie dieser Art sind uns nicht bekannt. Persönliche Talent ist in erster Linie anzusetzen für den Journalisten. **Kolberg, Jun. 23:** Am 27. 4. 1932, Nr. 201: 5.40 M. — 3. E. in M. 24: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 25: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 26: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 27: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 28: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 29: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 30: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 31: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 32: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 33: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 34: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 35: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 36: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 37: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 38: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 39: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 40: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 41: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 42: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 43: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 44: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 45: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 46: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 47: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 48: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 49: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 50: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 51: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 52: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 53: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 54: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 55: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 56: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 57: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 58: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 59: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 60: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 61: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 62: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 63: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 64: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 65: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 66: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 67: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 68: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 69: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 70: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 71: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 72: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 73: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 74: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 75: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 76: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 77: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 78: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 79: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 80: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 81: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 82: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 83: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 84: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 85: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 86: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 87: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 88: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 89: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 90: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 91: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 92: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 93: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 94: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 95: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 96: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 97: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 98: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 99: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 100: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 101: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 102: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 103: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 104: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 105: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 106: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 107: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 108: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 109: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 110: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 111: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 112: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 113: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 114: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 115: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 116: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 117: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 118: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 119: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 120: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 121: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 122: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 123: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 124: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 125: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 126: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 127: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 128: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 129: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 130: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 131: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 132: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 133: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 134: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 135: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 136: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 137: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 138: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 139: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 140: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 141: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 142: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 143: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 144: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 145: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 146: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 147: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 148: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 149: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 150: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 151: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 152: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 153: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 154: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 155: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 156: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 157: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 158: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 159: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 160: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 161: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 162: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 163: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 164: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 165: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 166: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 167: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 168: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 169: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 170: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 171: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 172: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 173: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 174: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 175: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 176: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 177: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 178: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 179: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 180: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 181: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 182: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 183: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 184: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 185: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 186: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 187: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 188: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 189: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 190: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 191: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 192: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 193: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 194: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 195: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 196: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 197: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 198: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 199: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 200: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 201: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 202: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 203: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 204: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 205: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 206: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 207: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 208: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 209: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 210: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 211: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 212: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 213: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 214: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 215: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 216: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 217: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 218: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 219: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 220: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 221: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 222: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 223: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 224: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 225: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 226: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 227: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 228: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 229: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 230: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 231: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 232: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 233: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 234: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 235: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 236: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 237: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 238: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 239: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 240: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 241: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 242: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 243: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 244: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 245: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 246: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 247: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 248: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 249: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 250: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 251: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 252: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 253: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 254: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 255: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 256: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 257: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 258: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 259: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 260: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 261: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 262: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 263: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 264: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 265: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 266: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 267: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 268: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 269: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 270: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 271: Am 27. 4. 1932, Nr. 200: 4.05 M. — 3. E. in M. 272: Am 27. 4. 1